

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hrich Tunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Seite:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/228.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 85. Berlin, Sonnabend, 31. Oktober 1908. Vierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Aufgaben der Ortsverbände. — Vergleichende Streikstatistik. — Es hat nicht viel genutzt! — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Literatur. — Anzeigen-Zell.

### Die Aufgaben der Ortsverbände.

II.

Eine besondere Aufmerksamkeit muß der Ortsverband den sozialen Wahlen zuwenden. Namentlich die Vorbereitungen für die Gewerbegerichts-wahlen erfordern die Anspannung aller vorhandenen Kräfte. Es genügt nicht, daß ein kleiner Fonds angehäuft wird, der dann kurz vor der Wahl für einige Zeitungsinserate und Versammlungs-anzeigen verwandt wird. Auch die Veranstaltung von ein oder zwei Versammlungen, zu denen man sich einen Redner womöglich aus Berlin verschreibt, garantiert den Erfolg nicht allein. Wohl bedarf es der Ansammlung eines Kriegsschatzes, und auch Versammlungen und Flugblätter find nicht zu umgehen. Die Hauptsache aber bildet die sorgfältige Aufstellung von Listen sowohl der Kandidaten als auch der Wähler. Wo es der vorherigen Eintragung in die Wählerliste bedarf, da müssen seitens des Ortsverbandesausschusses alle Vorkehrungen getroffen werden, daß auch nicht ein wahlberechtigtes Mitglied in der Liste fehlt und daß auch möglichst viele unorganisierte Arbeiter sich eintragen lassen, die für unsere Kandidaten gewonnen werden müssen. Auch Bundesgenossen in befreundeten Organisationen, wie den konfessionellen Arbeitervereinen, soll man sich suchen, vor allem aber die persönliche Kleinarbeit bis zur Beendigung der Wahl nicht aus dem Auge lassen.

Alles dies und noch mehr gilt für die Wahlen zu den Ortskrankenkassen. Hier muß der gesamte Ortsverband hinter den beruflichen Ortsvereinen stehen. Denn aus den Vorständen der Ortskrankenkassen gehen durch mehrfache indirekte Wahlen die Vertreter für die höchsten Instanzen der Arbeiterversicherung hervor. Die von den Mitgliedern der Ortskrankenkasse gewählten Vertreter zur Generalversammlung wählen den Vorstand, die Vorstände der Ortskrankenkassen zusammen mit den Vorständen der Betriebs-, Innungs-, Bau-, Knappschafts- und Seemannskassen die Beisitzer in den Rentenstellen und unteren Verwaltungsbehörden. Aus diesen Beisitzern wiederum gehen die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten hervor, die ihrerseits den Vorstand der Landesversicherungsanstalten, die Vertreter für Beschlusfassung über Unfallverhütungs-versicherungen in den Berufsvereinigungen und die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung wählen. Die letztgenannten Beisitzer wiederum sind die Wähler der Arbeitervertreter im Reichsversicherungsamt und den einzelnen Landesversicherungsämtern. Diese knappe Darstellung macht jeden Zusatz über die Wichtigkeit der Ortskrankenkassenwahlen überflüssig.

Durch eine rege Betätigung an allen diesen Vorgängen wird auch die Öffentlichkeit mehr und mehr auf unsere Bewegung aufmerksam gemacht und für sie interessiert werden. Das muß aber des weiteren geschehen durch die örtliche Presse, mit der jeder Ortsverband in enger Fühlung stehen muß. Von jeder Veranstaltung, jeder Kundgebung des Ortsverbandes muß in den befreundeten

Zeitungsmitteln wenn auch nur kurz Notiz genommen werden. Auch dadurch wird das Interesse an den Deutschen Gewerksvereinen geweckt und gefördert.

So gibt es noch mancherlei andere Gelegenheiten, bei denen unsere Ortsverbände sich zweckmäßig beteiligen. Wo es gilt, durch die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken, Lesehallen, Hochschulkursen, Volkserhaltungen und dergl. die Volksbildung zu heben oder durch Volksbadanstalten usw. die Hygiene zu fördern, auch da möge der Ortsverband zur Stelle sein. Allerdings dürfen erhebliche Mittel für diese Zwecke nicht aufgewendet werden.

Indessen, so wichtig alle diese Dinge auch sind, das Hauptaugenmerk haben die Ortsverbände auf die Organisation und Agitation zu richten. Zu diesem Zwecke können Diskussionsklubs gegründet und auch Versammlungen veranstaltet werden, die aber einer gründlichen Vorbereitung bedürfen. Nicht immer wird hier mit der erforderlichen Sorgfalt und Gründlichkeit vorgegangen, wie schon ein oberflächlicher Blick über die Lätigkeitberichte der Ortsverbände deutlich zeigt. Die wirksamste Agitation ist aber diejenige von Mund zu Mund, sei es während der Arbeitspausen im Betriebe, sei es auf dem Wege von und zu der Arbeitsstätte oder am Viertische. Auch das Aufsuchen der Leute in ihrer Häuslichkeit wird oft von Erfolg gekrönt sein. In dieser Richtung muß der Ortsverband stets und ständig anregend und anfeuernd wirken. Denn ungeheuer groß ist noch die Zahl derjenigen Arbeiter, die für die Bedeutung der Organisation kein Verständnis besitzen. Die indifferenten Massen am Orte aufzuklären, sie empfänglich zu machen für unsere Ideen und Anschauungen, das muß die Hauptaufgabe des Ortsverbandes sein. Neben der Gewinnung der Unorganisierten muß es sich jeder Ausschuss dann aber angelegen sein lassen, bereits bestehende junge oder nicht genügend kräftige Vereine durch Rat und Tat zu unterstützen, sowohl durch Zuführung neuer Mitglieder, als auch durch Unterweisung des Ortsvereinsvorstandes in der Geschäftsführung, durch ausflürende Referate usw. Aber auch damit ist die agitatorische Lätigkeit noch nicht erschöpft. Die Gründung von Ortsvereinen neuer Berufe ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Unablässig muß in den Ortsverbandssammlungen darauf aufmerksam gemacht werden. Die kleineren Gewerksvereine namentlich klagen beständig darüber, daß sie in ihrem Vorwärtskommen gehindert würden durch die Interesslosigkeit der übrigen Verbands-genossen. Diese Klagen haben tatsächlich eine gewisse Berechtigung. An vielen Orten könnten Ortsvereine der Konditoren, Bildhauer, Tabakarbeiter, Bauhandwerker, Frauen und Mädchen usw. gegründet werden, wenn sich die Ortsverbandsausschüsse ihrer Pflichten besser bewußt wären. Und selbst Berufe, die im Verbands der Deutschen Gewerksvereine bisher noch nicht vertreten sind, könnten bei richtiger Agitations- und Organisationsarbeit uns erschlossen werden.

Noch manche Einzelheit ließe sich anführen, noch mancher Fingerzeig könnte gegeben werden. Aber wenn auch nur das durchdacht und befolgt wird, was hier nur kurz angedeutet werden konnte, dann haben die Ortsverbände ein Feld der Lätigkeit vor sich, das vollständig und gründlich zu be-

arbeiten wahrlich die eifrige Mitwirkung aller Kräfte erfordert. Sie auszulösen, zur Mitarbeit heranzuziehen, ist die erste Pflicht der mit der Leitung der Geschäfte betrauten Männer. Wenn mit der nötigen Entschiedenheit und mit redlichem Willen vorgegangen wird, wenn man es versteht, die Opferfreudigkeit der Mitglieder zu wecken und zu stärken, die Ueberzeugungstreue zu festigen und die Einigkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Verbands-genossen zu pflegen, dann ist auch die Möglichkeit gegeben, alle jene Aufgaben zu lösen und unserer Organisation diejenige Achtung und Anerkennung in der Öffentlichkeit und diejenige Stellung in der Arbeiterbewegung zu verschaffen, die ihr nach dem Verlauf ihrer Geschichte gebühren.

### Vergleichende Streikstatistik.

II.

Während im Ganzen diese Zahlen widerspruchsvolle sind, d. h. von der geschäftlichen Konjunktur der einzelnen bezüglichen Länder, der Stärke ihrer Arbeiterorganisationen und einigen anderen Dingen im wesentlichen in ihrer Bewegung abhängen, ist sehr bedeutsam eine hier folgende Statistik des Ausgangs der Streiks. Diese wichtigsten aller bezüglichen Zahlenreihen sind in Verhältniszahlen angegeben und zwar nach den bekannten Rubriken, „vollen“, „teilweisen“ und „keinen Erfolg“ für Streiks und Streikende. Letztere fehlen leider für Deutschland und die Vereinigten Staaten. Von Deutschland erfahren wir lediglich, daß innerhalb der Jahre 1902 bis 1906 der volle Erfolg bei Streiks von 21,5 Prozent einsetzt, um dann auf 21,8 bzw. 24 Prozent in den beiden folgenden Jahren zu steigen. Aber schon im folgenden Jahre sinkt dieser Prozentsatz auf 22 und ist im Schlussjahre 1906, einem wirtschaftlich durchaus günstigen Jahre, mit nur 18,4 Prozent geringer als im Beginne der ganzen Periode. Man sieht, daß das Streikfieber dieses Jahres, von dem die oben genannte Ziffer Kunde gibt, keineswegs große Erfolge garantierte. Allein auf der anderen Seite bewirkte das Erstarken der Arbeiterorganisation denn doch, daß die Zahl der verlorenen Streiks, derjenigen, die gar keinen Erfolg hatten, im gleichen Zeitraum von 56,3 auf 36,6 Prozent, also stetig gesunken ist. Immerhin gingen auch in diesem günstigen Jahre weitaus mehr als ein Drittel aller ins Werk geleiteten Streiks für die Arbeiter völlig verloren. Dementprechend wuchs die Ziffer der Streiks mit teilweisem Erfolge derart, daß sie von 22 auf 45,0 Prozent sich vermehrte.

Nur Oesterreich weist in dieser Beziehung noch günstigere Resultate für die Arbeiter auf. Dort hat im Jahre 1905 sogar mehr als die Hälfte aller Streiks, nämlich 51,2 Prozent, teilweisen Erfolg gehabt, und dieser Satz belief sich im folgenden Jahre noch auf 46,4 Prozent der Streiks, der 66,4 Prozent, also zwei Drittel aller Streikenden entsprachen. Auch hier hatten im Jahre 1904 bereits 24,4 Prozent aller Streiks mit allerdings nur 18,6 Prozent aller Ausständigen vollen Erfolg, und die bezügliche Ziffer war zwei Jahre früher erst auf 22,3 Prozent bzw. 12,0 Prozent aller Beteiligten zurückgegangen. Ebenso verminderte sich die Zahl der Streiks ohne jeden Erfolg von 41,3 auf 30,3 Prozent und die der beteiligten Arbeiter von 33,5, also einem vollen Drittel, auf nur 21,6 Prozent, mithin nur ein wenig mehr als ein Fünftel der Beteiligten. Im Jahre 1905 stand hier die Sache so, daß die ungewöhnliche Mehrzahl aller Streikenden und Streiks teilweisen Erfolg hatten.

Für Frankreich darf man auf Grund dieser Zahlen sagen, daß hier das große Streikjahr 1904 den Arbeitern sehr beträchtliche Erfolge brachte. 28,9 Prozent aller Streiks hatten vollen Erfolg und keinen nur 32,7 Prozent. Diese Erfolge konnten jedoch in den beiden folgenden Jahren nicht behauptet werden. Im Jahre 1906 erzielten nur 21,2 Prozent aller Streiks und gar nur 7,1 Prozent aller daran beteiligten Arbeiter vollen Erfolg, dagegen 37,4 bzw. 35,1 gar keinen. Inwiefern ist auch hier die große Mehrheit beteiligt an teilweisem Erfolge.

Die wenigen Angaben über die Jahre 1900 bis 1903, welche Italien gemacht hat, berechnen kaum zu einem allgemeinen Urteil. Man kann hier höchstens von einer Verminderung des vollen Erfolges, auch von einem Anwachsen der Anteile der beteiligten Arbeiter sprechen, doch fehlen gerade die entscheidenden neueren Ergebnisse.

Der größte Industriestaat Großbritannien bietet außerordentlich wechselnde Ziffern über die Streikerfolge. Von 1905 auf 1906 sprang plötzlich der Prozentfuß der Ausstände mit vollem Erfolg für die Arbeiter von 19,6 auf 31,5 Prozent; entsprechend fiel zugleich der Satz der Streiks ohne jeden Erfolg von 46,9 auf 30,8 Prozent. Noch krasser war der Umschwung in den gleichen Jahren, wenn man die Ziffern der beteiligten Arbeiter in Betracht zieht. Die Streikenden hatten vollen Erfolg in 24,7 bzw. 42,5 Prozent aller Fälle und keinen Erfolg in 34,0 bzw. 24,4 Prozent. Dabei hatte im Jahre 1904 über die Hälfte aller Ausstände in Großbritannien gar keinen Erfolg (50,7 Prozent). Und im Jahre 1903 waren an den erfolglosen Ausständen 48,0 Prozent der ausständigen Arbeiter beteiligt. Im ganzen aber läßt sich doch, wie in Deutschland, Frankreich und Oesterreich, erkennen, daß die Zahl der Streiks mit teilweisem Erfolge im Steigen begriffen ist. Wenn dieser Satz hier nicht im gleichen Maße gilt wie in den anderen angeführten Ländern, so muß man sich vergegenwärtigen, daß in Großbritannien die Streiks zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten durchaus nicht eine so große Rolle spielen wie in den meisten anderen Staaten, daß ferner die Ausstände meist bei der Stärke der Arbeiterorganisationen eine viel größere Ausdehnung und längere Dauer erreichen. Das erklärt es nach der Konjunktur die Schwankungen im Ausgange.

Eine ganz andere Tendenz weisen die Ergebnisse für die Vereinigten Staaten und für Belgien auf. Man kann sagen, daß Ausstände mit teilweisem Erfolge hier zu den Seltenheiten gehören.

Was die Vereinigten Staaten angeht, so ging die Zahl der erfolgreichen Streiks von 48,8 auf 40,2 Prozent in den Jahren 1901 bis 1904 zurück, während im folgenden ein Aufschwung auf 40,2 Prozent folgte. Aber gleichzeitig stieg in noch stärkerer Progression die prozentuale Beteiligung der erfolgreichen Streiks von 34,1, also wenig mehr als einem Drittel aller, auf 49,4 Prozent, mithin fast die Hälfte. Im letzten Berichtsjahre 1905 sind diese unglücklichsten Streiks auf 48,4 Prozent, also nur um ein Geringes gefallen. Nicht viel mehr als ein Zehntel (11,4 Prozent) aller Streiks waren nur von teilweisem Erfolge begleitet. Die Zahl der streikenden Arbeiter ist leider nicht angegeben.

Endlich ist Belgien ausgezeichnet durch ein ungeheures Ueberwiegen der erfolgreichen Ausstände. Im Jahre 1901 waren in diesem industriereichen Staate nicht weniger als 75,2 Prozent, also drei Viertel aller, ohne Erfolg für die Streikenden und dieser Satz ging in den beiden folgenden Jahren nur wenig herab, um allerdings in den Jahren 1904 bzw. 1905 auf 67,9 bzw. 57,2 Prozent zu sinken, was aber noch immer das ungünstigste Ergebnis für die Arbeiter in diesem ganzen Zahlenbilde bedeutet. Noch schlimmer steht es bezüglich der Zahl der streikenden Arbeiter, die von 1901—1903 von 92,7 auf 50,0 Prozent zwar stark fiel, aber doch wieder bis zum Jahre 1905 auf 87,3 Prozent anwuchs. Die Zahl der Ausstände mit vollem Erfolge stieg langsam von 11,1 auf 26,3 Prozent, was indessen einen sprunghaften Aufschwung bedeutet. Nur 2,2 aller Streikenden hatten am Anfang vollen Erfolg zu verzeichnen, nach starken Schwankungen in den Zwischenjahren am Ende der Periode auch nur 5,0 Prozent. Die Zahl der Streiks mit teilweisem Erfolge belief sich im Durchschnitt auf rund 12 Prozent, die der beteiligten Arbeiter aber schwankte zwischen 5,1 Prozent im Jahre 1901 und 24,9 Prozent im Jahre 1904. Im ganzen ist unverkennbar, daß gerade die Jahre mit den meisten Ausständen den Arbeitern höchst ungünstige Resultate brachten.

### Es hat nicht viel genutzt!

Vor zwei Jahren wurde seitens der „christlichen“ Gewerkschaften ganz gewaltig die Werbetrommel gerührt, um die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine für die „christlichen“ Gewerkschaften zu gewinnen. Die Organisation, die hierbei hindernd im Wege stand, waren die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften. Um diesen einen möglichst nachhaltigen Fußtritt zu verleißen, mußten die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözesen Raderborn und Münster bejählichen, daß kein Mitglied der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften Mitglied dieser katholischen Knappen- und Arbeitervereine werden könnte. Die Aufnahme sollte verweigert werden. Was auf diesen Konferenzen alles den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften angedichtet wurde, hatte auf keiner Aushaut Platz. Als Schreckgespenst wurde die angebliche Religionsgefährlichkeit dieser Organisation ins Feld geführt. Manhaft verteidigten sich die Gewerkschaften in öffentlichen Versammlungen und Flugblättern gegen diese Verdächtigungen. Die Kollegen der Laagener und Duisburger Gegend wissen, welche Madanzinnen in diesen Versammlungen von seiten „christlicher“ Gewerkschaftler unter Leitung ihrer „Führer“ veranstaltet wurden. Eine Freude war es für jeden Gewerkschaftler zu beobachten, mit welcher Entzückung gerade alte treue Gewerkschaftsmitglieder, die ebenfalls auch ihrem konfessionellen Vereine schon jahrelang angehört, gegen die Verdächtigung der Religionsgefährlichkeit Front machten. Die Diskussionen aus den Versammlungen setzten sich unter den Mitgliedern beider Richtungen in den Werkstätten fort. Mäander zoghafte Kollege befürchtete unter diesem Anprall eine schwere Erschütterung der Gewerkschaften. Wohl sind einzelne Kollegen, durch unausgelebte Bearbeitung, Saus- und Besuche hoher Herren usw. eingeschüchtert worden, und haben, dabei aber nicht dem eigenen Triebe folgend, dem Gewerkschaften den Rücken gekehrt. Die angewandten Mittel, über die wir Wände schreiben könnten, ließen sich auch erklären. Die ganze Aktion aber war ein Teil der Kraft, die wohl das Böse will, doch stets das Gute schafft.

Fester denn je sind die Gewerkschaften in ihrem Kern zusammengeschlossen. Keine internationale Konferenz „christlicher“ Gewerkschaftsführer in Zürich hat aufs neue bewiesen, daß die Neutralität einer Gewerkschaft am besten bei den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften gewahrt ist und bleiben wird. Mancher von denen, die damals Gewerkschaftler waren, fühlen sich in jenem Lager auf der anderen Seite nicht wohl, und wenn sie nicht ein falsches Schamgefühl zurückhielte, wären sie schon längst wieder Mitglied im Gewerkschaften. Ein Teil von ihnen ist aber auch schon wieder ins alte Lager zurückgekehrt. Teilweise ist das Meer der Unorganisierten nur vermehrt worden. Rest, nach nunmehr 2 Jahren, finden wir in Nr. 43 des „Deutschen Metallarbeiter“, Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes unter der Ueberschrift: „Auf zur Hausagitation“, nach der vorhin geschilderten Richtung eine sehr beachtenswerte Stelle. Dieselbe lautet:

„Die das Resultat der gemeinsamen Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen vor zwei Jahren gezeit hat, ist die übergroße Mehrzahl der Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften nicht zu haben. Wir handeln nur klug, wenn wir unsere Hoffnungen nach der Richtung hin um einige Böcher zurückstellen.“

Man kann hier den christlichen Gewerkschaften gegenüber das Wort anwenden: „Spiegelberg, du bist erkannt.“ Die Verantworte dieser Haupt- und Staatsaktion müssen selbst erklären, daß das Ganze ein Schlag ins Wasser war. Im Geschäftsbericht gibt der christliche Metallarbeiterverband zu, daß ihm in den evangelischen Arbeitervereinen die Felle fortgeschwommen sind, und jetzt aufs neue diese Konstatierung im Allgemeinen!

Gewerkschaftskollegen! Unsere damalige ruhige und sachliche Abwehr hat den gegen uns geführten Hieb glänzend pariert. Jetzt in den Wintermonaten, der besten Zeit für die Werbearbeit, ertönt aufs neue der Ruf: „Auf zu intensiver Agitation!“ Jeder stelle seinen Mann und werbe unter dem großen Meer der Unorganisierten für unsere sturmerprobten Gewerkschaften. Jeder suche neue Abonnenten zu gewinnen für unsere Presse. Steiß es, die uns in Zeiten des erbitterten Kampfes helfend zur Seite gestanden hat. Drum, Kollegen, auch ihrer gedacht!

A. C.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. Oktober 1908

Der 1. volkswirtschaftliche Abend findet, wie bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, den 11. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saale des Verbandsbauhauses statt. Herr Rektor Bagel spricht über die Frage: „Was können die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit Staat und Gemeinde, Schule und Haus für die zeitgemäße Ausbildung und Entwicklung der Schulentlassenen Jugend tun?“ Der Vortragende, der als erste Autorität auf diesem Gebiete gelten darf, beabsichtigt am Schlusse seines Vortrages einen ausführlichen Plan zu entwickeln, wie wir die Jugend neben ihrer Ausbildung wirksam weiter fördern können. Es ist deshalb erwünscht, daß die Verbandskollegen und Kolleginnen von Berlin und Umgegend recht zahlreich erscheinen und auch ihre Söhne, im Alter von 14—18 Jahren, mit zu dieser Versammlung bringen.

Die Konferenz über die Reform der Arbeiterversicherung ist am letzten Dienstag im Reichsamt des Innern fortgesetzt worden. Neben den von uns bereits veröffentlichten Fragen lagen für die Verhandlungen folgende Leitsätze als Unterlagen vor, die schon einigermaßen einen Schluß auf die von der Regierung in Aussicht genommene Richtung in der Arbeiterversicherungsreform zulassen:

1. Die vielfach gewünschte Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist aus rechtlichen Gründen weder ratsam noch durchführbar.

2. Die bestehenden Körperschaften der Arbeiterversicherung, speziell die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, bleiben daher als selbständige Träger erhalten.

3. Es liegt aber sowohl in ihrem Interesse wie in demjenigen aller beteiligten Volksschichten, daß — unter Wahrung des Gesichtspunktes zu 2 — der gesamte Aufbau der Arbeiterversicherung einheitlicher und durchsichtiger gestaltet und daß dabei mehr als bisher zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern eine Fühlung hergestellt wird.

4. Zu diesem Zwecke sind die örtlichen Einrichtungen der Arbeiterversicherung, die zurzeit auf die verschiedensten Stellen zerstückelt sind, tunlichst bei einem gemeinsamen örtlichen Organe zusammenzufassen, dessen Funktionen auf dem Gebiete der Krankenversicherung hier unerörtert bleiben können, auf dem Gebiete der Unfall-, Invaliden- und demnachstigen Hinterbliebenenversicherung aber die eines „gemeinsamen Unterbaues“ zu sein haben.

5. Auch die für die Mittelinstanz geeigneten Geschäfte sind tunlichst durch einheitliche Stellen zu erledigen.

6. Die höchste Instanz auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, bedarf schon jetzt und mehr noch nach Uebertragung der entsprechenden Geschäfte der Kranken- und der Hinterbliebenenversicherung im Interesse der ordnungsmäßigen und einheitlichen Durchführung ihrer Aufgaben dringend der Entlastung.

7. Damit indessen diese Entlastung nicht unter Schwächung der bisherigen Rechte der Versicherten erfolgt, bedürfen die untere und die mittlere Instanz der Vervollkommnung.

8. Damit ferner die Entlastung nicht auf Kosten der Rechtseinheit erfolgt, muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Entscheidung der höchsten Instanz in Rechts- und grundsätzlichen Fragen von den nachgeordneten Instanzen gebührend beachtet werden.

Ueber das Ergebnis dieser Beratungen ist bis zur Stunde noch wenig in die Öffentlichkeit gelangt.

Einen sehr erfreulichen Erfolg haben unsere Verbandskollegen in Duedlinburg zu verzeichnen. Dasselbst fand am 6. d. M. eine Stadtverordnetenwahl der 3. Abteilung statt, bei welcher der dem Ortsverein der Maschinenbauer angehörende Kollege Wilh. Möring, der sich auch der Unterstützung der bürgerlichen Parteien erfreute, mit der größten Stimmenzahl — es fehlte ihm nur 1 Stimme an der absoluten Majorität — in die Stichwahl kam. Sein Gegenkandidat war der sozialdemokratische Geschäftsführer Schweinefuß. Bei der am 28. d. M. stattgehabten Stichwahl wurde unser Kollege mit 670 gegen 414 Stimmen, die „Genosse“ Schweinefuß erhielt, zum Stadtverordneten gewählt. Wir sind der Ueberzeugung, daß der neugewählte Kollege

gewissenhaft sein Mandat ausüben und dabei die Interessen der Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit wahrnehmen wird.

Der Vorgang aber ruft die Erinnerung nach an eine Wahl, die im April d. J. in Quedlinburg stattgefunden hat. Damals kam derselbe Kollege Wöhning mit einem antiemittlich-agrarischen Mittelstandsparteiler in die Stichwahl, unterlag aber diesem Gegner trotz eines großen Vorzuges, weil die „Genossen“ in ihrem blinden Haß gegen den Gewerksvereiner sich nicht entblödet hatten, Mann für Mann für den Mittelständler einzutreten. Offenbar hatten sie gehofft, daß ihnen bei ähnlicher Gelegenheit der Liebesdienst vergolten würde. In der Tat ist auch die sozialdemokratische Stimmenzahl seit der Hauptwahl so stark angewachsen, daß der Gebante, die Mittelständler haben für Schmeichelei gestimmt, sich nicht von der Hand weisen läßt. Wie dem aber auch sei: der Denzettel, den die „Genossen“ durch dieses Wahlergebnis erhalten haben, wird wohl sitzen und ihnen vielleicht das Erbärmliche ihrer Handlungsweise bei den vorigen Wahlen einmal zum Bewußtsein bringen.

**Mit der Arbeitslosenversicherung in Bayern** wird sich auf Veranlassung des Ministeriums des Innern am 12. November eine Konferenz in München beschäftigen. Eingeladen sind dazu die Stadt- und Landräte und die größeren Städte Bayerns, der bayerische Landwirtschaftsrat, Professor Dr. Schanz in Würzburg, die Landtagsabgeordneten Graf v. Vestaloga, Walterbuch, Hübsch und Simon, der Vorsitzende des bayerischen Arbeiternachweises, Dr. Menzinger in München, der Vorstand des städtischen Arbeiternachweises in München, der Gewerkschaftsverein in München, das christliche Gewerkschaftsamt in München und Umgebung, der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) in München, das Gewerkschaftsamt Nürnberg, das Ortsamt der christlichen Gewerkschaften für Nürnberg und Umgebung, der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) in Nürnberg, die Handels- und Gewerbetammer für Oberbayern und für Mittelfranken, die Handwerkerkammer für Oberbayern, die Ausschüßmitglieder der dritten Abteilung der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel. Die Hauptfragen, die diese Konferenz beschäftigen soll, sind folgende:

1. Ist die Durchführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung angeeignet und möglich? Ist es insbesondere Aufgabe der Gemeinden, namentlich der großen Städte, auf diesem Gebiete tätig einzutreten?
2. Auf welche Fälle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit soll sich die gemeinliche Fürsorge erstrecken? Ist die gemeinliche Unterstützung auszureichen oder zu beschränken, wenn die Arbeitslosigkeit verursacht ist
3. durch Arbeitsunfähigkeit infolge körperlicher oder geistiger Krankheiten oder Gebrechen eingetretener Erwerbsbeschränktheit?
4. durch Straft?
5. durch Aussperrung?
6. durch eigenes Verschulden?

Außerdem soll noch eine ganze Reihe von Unterfragen zur Erörterung gestellt werden. Man sieht jedenfalls aus der ganzen Veranstaltung, daß die Pflicht der Kommunen, sich an der Arbeitslosenversicherung zu beteiligen, von immer weiteren Kreisen anerkannt wird.

**Arbeiterbewegung.** In Gnesen haben die Köpfer 6 Wochen im Streik gestanden zu dem Zwecke, einen neuen verschlechterten Tarif abzulehnen. Das ist ihnen auch gelungen, da die Meister den alten Tarif auf 2 Jahre weiter verlängert haben.

In Lynn, im Staate Massachusetts (Nordamerika), einem Orte mit starker Schuhwarenindustrie, sind über 1300 Arbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer nach Einführung einer neuen Maschine versuchten, welche nichtorganisierte Arbeiter anginstellen und die organisierten auf das Pflaster zu werfen. — Der Kampf in der Textilindustrie in England dauert unverändert fort. In den bisherigen 5 Wochen wurden 2 Millionen Mark Unterstützungsgelder bezahlt. Die Kohlgarnarbeiter, welche beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben neuerdings diesen Beschluß wieder aufgegeben. Alle Versuche zur Beilegung des Konflikts haben sich bisher als vergeblich erwiesen.

Ein gerichtliches Nachspiel fand am Mittwoch die Berliner Kohlerbewegung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Wiewenthal vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbande hatte den zweiten Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Berlin, Sandke, wegen Verleumdung verklagt, und letzterer hatte Widerklage erhoben. Zu Anfang der Kohlerbewegung hatte Wiewenthal in seinem Organ und in einem Flug-

blatt die Behauptung aufgestellt, die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes habe an den Unternehmerverband geschrieben,

„sie bedauere die Kündigung des Tarifs, dessen Lohnsätze sie für angemessen doch erachten sollte. Der Deutsche Metallarbeiterverband hätte den Tarif nicht gekündigt. Auch wird er keine Lohnrücknahme fordern. Ferner betrachte sie den Anschlag der Arbeitgeber, dessen letzter Zweck doch die Gründung eines gelben Vereines ist, nicht als Tarifruch“.

Sandke hatte dagegen behauptet, der Deutsche Metallarbeiterverband habe etwas derartiges nicht an die Arbeitgeber geschrieben, die Behauptung Wiewenthal sei eine gemeine, niederträchtige Lüge, eine Inzimmie; Wiewenthal solle ihn, Sandke, wegen dieser Worte verklagen, wenn er dazu den Mut habe. Das hat Wiewenthal demu auch getan, worauf Sandke in fünf Fällen Widerklage erhob.

Darum handelte es sich bei der genannten Schöffengerichtsverhandlung. Im Verlaufe derselben erklärte der Vertreter der Unternehmerorganisation, Obermeister Grün, daß Sandke zwar einen solchen Brief nicht geschrieben habe, wohl aber habe er (Sandke) ihn (den Obermeister) aufgesucht und in einer Unterredung erklärt, der Deutsche Metallarbeiterverband würde den Tarif wohl nicht gekündigt haben. Daraus habe er schließen müssen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband keine Lohnforderungen stellen wollte, denn sonst hätte er den Tarif doch kündigen müssen. Was den andern Teil der Wiewenthalischen Behauptung betrifft, der Deutsche Metallarbeiterverband habe den Anschlag der Unternehmer nicht als Tarifruch angesehen, so wurde die Sache von Sandke folgendermaßen dargestellt: Der Deutsche Metallarbeiterverband sei zwar zu der Sitzung des Einigungsamtes, in der entschieden werden sollte, ob ein Tarifruch vorliege, eingeladen worden. Er nahm aber an diesen Verhandlungen nicht teil, weil er den Vorwurf des Tarifruches bisher nicht erhoben habe. Damit sollte jedoch nicht gesagt sein, daß der Deutsche Metallarbeiterverband die Handlung der Unternehmer nicht als Tarifruch betrachte.

Auf diese Spießfindigkeiten ließ sich der Gerichtshof aber nicht ein. Er hatte kein Verständnis für die Spaltspaltenreden des Herrn Sandke und verurteilte ihn wegen Verleumdung Wiewenthal zu 100 Mk. Geldstrafe, während er Wiewenthal freisprach.

Dadurch ist also — und das ist das Wesentlichste an dieser Gerichtsverhandlung — festgestellt, daß der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt hat — ob schriftlich oder mündlich, bleibt sich gleich —, daß seine Organisation keine Lohnforderungen zu stellen beabsichtigte. In der Bewegung aber wurde gesagt, der alte Tarif sei unannehmbar, es müßten höhere Sätze eingeführt werden. Ein Gluck, daß die Mehrzahl der Berliner Kohlerleger dieses Doppelspiel rechtzeitig erkannt hat und den Metallarbeiterverband auf den Propfen setzte.

**Eine eigenartige Praxis** des kranken Mitgliedern gegenüber, scheint man im „freien“ Zentralverband der Maurer zu üben, wenn folgende Mitteilungen, die wir den „Münch. N. N.“ entnehmen, auf Wahrheit beruhen:

Ein Bauhilfsarbeiter war sieben Wochen krank und hatte naturgemäß für die Dauer seiner Krankheit keine Beitragsmarken geklebt. Nachdem er wieder in Arbeit getreten war, zahlte er seine Beiträge jedoch wieder weiter. Nummerierte seine Organisation an diesen Arbeiter das Ankommen, für die sieben Wochen sieben Marken zu je 70 Pfg. nachzuliefern oder aber sich seine Krankheit ärztlich bescheinigen zu lassen. Da der Arbeiter sich weigerte, dieses ärztliche Zeugnis, das ihm Geld kostet, bezubringen, wurde ihm der Ausschluß aus der Organisation angedroht. Gleichzeitig aber wurde ihm eröffnet, daß er, bevor er nicht seine rückständigen Marken geklebt hätte, . . . keine Arbeitslosenbescheinigung erhalte, bezw. daß er den Arbeitsnachweis nicht passieren dürfte“.

Jeder verdient die Behandlung, die er sich gefallen läßt. Wenn „zielbewusste Genossen“ sich so etwas bieten lassen, uns kann es recht sein. Unverständlich ist uns nur, wie man gegenüber einem Arbeiter, der wochenlang krank gewesen ist, so rigoros vorgehen kann.

Die 374. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 8. November, abends 7 Uhr, in der Ausstellungshalle des Zoologischen Gartens (Gartenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Der Berliner Lehrgesangverein unter Leitung des Herrn Professor Felix Schmidt, Frau Käthe Neugebauer-Kaboth (Sologesang), Fräulein Irene von Brennerberg (Violine).

### Gewerksvereins-Teil.

**§ Nachen.** In einer vom Ortsverband einberufenen öffentlichen Arbeitslosenversammlung sprach am Montag, den 26. Oktober, Kollege C. Hartmann über: „Die Pflichten des Stadtverordnetenkollegiums gegenüber der Arbeiterbevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der vom Militär entlassenen Reservisten“. Einleitend erinnerte der Vortragende an den im April 1907 stattgehabten Empfang der englischen Arbeiterdeputation, die Deutschland zu Studienzwecken bereiste, durch den Kaiser, wobei der Monarch äußerte, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen eine hauptsächlichste Aufgabe seiner Regierung sein solle, und zwar eine Fürsorge, die nicht auf Almosen beruhe, sondern auf der Gewährung von Arbeit, da Almosen ohne Arbeit degenerierend wirke. Es sei das ein gutes Wort gewesen und habe die Schaffung von Notstandsarbeiten zur Folge gehabt. Leider würden dieselben noch immer nicht in dem Umfange bereitgestellt, wie das notwendig sei, zumal auch bei den Unternehmern das Bestreben bestehe, die billigeren ausländischen Kräfte heranzuziehen, zum Nachteil der einheimischen Arbeiter. Um hierin eine Aenderung herbeizuführen, müsse der Staat und ebenso die Kommune eingreifen, und zwar in der Weise, daß die Kommune bei Vergeltung von Arbeiten in die Beiträge eine Klausel aufnimmt, nach der die Unternehmer verpflichtet sind, in erster Reihe einheimische Arbeitswillige einzustellen. Daß das hier in Nachen geschähe, glaubt Redner bezweifeln zu dürfen. Für eine bankrotter Aufgabe der Stadtverwaltung hätte es Redner gehalten, wenn sie vor der Entlassung der Reservisten bei den Industriellen eine Umfrage gehalten hätte, wer von ihnen bereit sei, jene einzustellen. Gewiß wäre es gelungen, viele von denen unterzubringen, die jetzt arbeitslos sind und ihren Familien zur Last fallen. Kämer der Umfrage bei den Industriellen wäre eine Umfrage bei den Arbeiterorganisationen von Wert gewesen zwecks Feststellung der Arbeitslosen. Die Arbeiter hätten das gesetzliche Recht der Koalition und könnten daher auch verlangen, daß ihre Organisationen als maßgebende Vertretungen angesehen würden. Eine solche Umfrage hätte aber nicht stattgefunden. Als Pflicht der Stadtverwaltung sieht Redner weiter hin, daß sie angeht die vorhandenen und noch wachsenden Arbeitsnot rechtzeitig Vorfrage getroffen hätte, dieselben zu begegnen. Hier sei aber nichts geschehen, weshalb der Ortsverband mit einer diesbezüglichen Eingabe an die Stadtverwaltung herantreten sei. Redner hofft, daß dieselbe nicht ohne Erfolg bleiben und die maßgebenden Instanzen von der tatsächlich vorhandenen Arbeitsnot überzeugt würden. Den Umfang der Arbeitsnot nach den Meldungen bei der Arbeitsnachweisstelle zu beurteilen, sei nicht angängig, da viele Arbeiter dieselbe wegen der häufigen Abwehlungen, die sie erlitten, nicht benutzen und lieber in die Nachbarorte reisen, wo sie allerdings auch keine Arbeit erzielten. Andere unterließen es, sich an die Armenverwaltung zu wenden, da sie sich schämten, Almosen zu nehmen, und nicht ihres Wahrrechtes verlustig gehen wollten. Die Behandlung der Arbeitslosen auf der sog. Armenwarte sei außerdem häufig eine so entwürdigende, daß dieselbe nur in der höchsten Not in Anspruch genommen würde. Redner weist dann des weiteren auf die Vorteile der Organisation hin und führt aus, daß die Stadtverwaltung die Organisationsbestrebungen im eigenen Interesse zwecks Entlastung des Armenrats fördern müßte. Der Arbeiter wolle keine Almosen, er wolle Arbeit. Sei dieselbe nicht zu beschaffen, so verlange er Unterstützung aus einem gemeinlichen Unterstützungsfonds, wie er in Gent und vielen anderen Städten vorhanden sei: Die Einführung des Genter Systems zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit, würde für Nachen eine soziale Tat bedeuten. Zum Schluß richtet Redner an die Stadtverwaltung den Appell, nunmehr energisch für Unterbringung der Arbeitslosen Sorge zu tragen, und brachte dann folgende Resolution ein, die nach langer Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Die heute am 26. Oktober, im Restaurant „Zur Maus“, vom Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine für Nachen und Umgebung einberufene Arbeitslosen-Versammlung richtet an den Oberbürgermeister der Stadt Nachen die bringende Bitte, recht bald eine Vermählung der Stadtverordneten mit einer Tagesordnung einzubringen, in der folgende Punkte berücksichtigt sind: 1. Beschleunigte Inangriffnahme städtischer Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; 2. Bereitstellung ausreichender Mittel für Notstandsarbeiten; 3. Zahlung von Zuschüssen an die Arbeitslosenunterstützung gewährenden Berufsorganisationen der Stadt Nachen; 4. Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System. Eine Anweisung hierzu befindet sich im „Nachensche Arbeitsblatt“ Nr. 1 vom Januar 1908, auf Seite 48 und 49. — Außerdem möge dem Stadtverordnetenkollegium anbegehrt werden, zu der Verwaltung dieser wichtigen Fragen je einen angehenden Beamten der hier vertretenen drei Organisationsrichtungen einzuladen. Ferner wird noch ersucht, die vom Militär entlassenen Reservisten aufzufordern, sich bis zu einem bestimmten Termin bei den Behörden zu melden, damit diese nach Möglichkeit durch Fürsprache des Herrn Oberbürgermeisters in ihre früheren Arbeitsstellen wieder untergebracht werden. Des weiteren wünscht die Versammlung, die städtische Verwaltung möge den Arbeitslosen ein Sofal anweisen, in dem diese beauftragten Personen ihre Invalidentarten vorzeigen zum Zwecke der Feststellung, wie viele Arbeitslose vorhanden sind. Die am Orte befindlichen Arbeiterorganisationen werden sich gerne der Mühe unterziehen, mit den Behörden Hand in Hand die notwendigen Arbeiten zu besorgen und so die vorhandene Notlage der Arbeitslosen zu mildern“.

**§ Profen.** In der letzten Versammlung des Ortsvereins der Stein- und Glaserarbeiter am 25. Oktober wurden zuerst geschäftliche Angelegenheiten durch den Kassierer und Schriftführer erledigt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Diskussion über einen Antrag, betreffend Wegfall der ärztlichen Untersuchung bei neu auf-

